

Weiterer Mosaikstein im Kulturprogramm

Vorschlag zur Errichtung der «Stiftung Kunstschule Liechtenstein» in Vernehmlassung

Das Jahr 2000 war in Liechtenstein ein Jahr der Kultur. Mit der Errichtung der «Stiftung Kunstschule Liechtenstein» möchte die Regierung einen weiteren Beitrag in kultureller Hinsicht leisten. Der Vorschlag wurde von der Regierung in die Vernehmlassung geschickt.

Janine Köppli

Im September 1993 erblickte die Kunstschule Liechtenstein als Schulprojekt das Licht der Welt. Im Rahmen dieses Projekts sollte sich klären, ob die Kunstschule einem Bedürfnis der Bevölkerung entspricht. «Die letzten Jahre haben gezeigt, dass die Leute das Projekt anerkannt und davon Gebrauch machten», erklärte Regierungsrat Norbert Marxer am gestrigen Mediengespräch. «Ein Bedürfnis ist eindeutig da.» Heute besuchen über 130 Interessierte die Kunstschule und die Zahl steigt weiter. Unterrichtet wird nicht nur Malerei, Zeichnen oder plastisches Gestalten, Fotografie, Film und



«Es ist wichtig, dass der Staat Möglichkeiten im kulturellen Bereich schafft, um damit die künstlerische Entwicklung der Menschen zu fördern», so Regierungsrat Norbert Marxer. (Archivbild)

Video sind genauso Schwerpunkte wie Radio, Fernsehen und die neuen Medien.

Möglichkeiten im kulturellen Bereich schaffen

Finanziell gesichert ist die Kunstschule bis Ende 2001. Es stellt sich die Frage, was danach mit dieser Einrichtung passiert. Die Regierung wolle die Kunstschule langfristig sichern und langfristig strukturieren, so Norbert Marxer. Die Kunstschule Liechtenstein hat sich in den vergangenen Jahren so positiv entwickelt, dass sie nach Ansicht der Regierung definitiv institutionalisiert werden soll. «Es ist wichtig, dass der Staat Möglichkeiten im kulturellen Bereich schafft, um damit die künstlerische Entwicklung der Menschen zu fördern. Gerade die zunehmende Visualisierung unserer Welt wird Berufe entstehen lassen, die bildnerische Fähigkeiten erfordern», meinte der Regierungsrat in seinen Ausführungen. Die Einrichtung einer dieser Entwicklung entgegenkommenden Schule sei deshalb auch ausbildungspolitisch von nicht zu unterschätzendem Interesse.

Die Regierung hat sich jeweils positiv zur Gründung und Führung einer Kunstschule ausgesprochen, wobei immer vom Konzept einer eigenständigen Institution ausgegangen wurde. Die Eingliederung der Kunstschule ins System der öffentlichen Schulen ist nicht zweckmässig, da die Zielsetzungen zu unterschiedlich sind. Als Stiftung soll nun die Kunstschule Liechtenstein analog zu anderen Bildungsinstitutionen, etwa der Fachhochschule oder der Musikschule, im öffentlichen Recht verankert werden. Dem Beispiel der Liechtensteinischen Musikschule entsprechend, soll ein sogenannter «Verteilschlüssel» die Finanzierung der Kunstschule sichern. Der Staat finanziert dabei 50 Prozent. Zu je 25 Prozent sollen Gemeindebeiträge sowie Kurs- und Ausbildungsgebühren die anfallenden Kosten decken.

Die Kunstschule will ihr Angebot in Zukunft noch erweitern. Auch die räumlichen Strukturen sollen besonders im Oberland verbessert werden. Im Unterland haben Staffeleien und Farbpaletten bereits im Schulzentrum Eschen einen geeigneten Platz gefunden.

Kooperationserklärung mit Jugoslawien und Mercosur

Herbsttagung des EFTA-Ministerrats in Genf – Aktive Beteiligung Liechtensteins

Die ordentliche Herbsttagung des EFTA-Rates auf Ministersebene fand am 12. Dezember 2000 unter dem isländischen Vorsitz von Aussenminister Halldór Ásgrímsson statt. Liechtenstein war durch Regierungsrätin Andrea Willi vertreten. Im Weiteren gehörten der liechtensteinischen Delegation Botschafter Norbert Frick und Botschaftsrätin Doris Frick von der Mission in Genf sowie Botschaftsrat Günter Frommelt von der Mission in Brüssel an.

Die Ministerinnen und Minister unterzeichneten eine Zusammenarbeitserklärung mit Jugoslawien und unterstrichen damit ihren Willen, zur Entwicklung von Frieden und Stabilität im Balkan beizutragen. Ebenfalls wurde eine Zusammenarbeitserklärung mit dem Wirtschaftsverbund Mercosur,

bestehend aus den Ländern Argentinien, Brasilien, Paraguay und Uruguay unterzeichnet. Dies ist ein wichtiger Schritt, um die Beziehungen in dieser Region weiter zu stärken.

Im Weiteren erinnerten die Ministerinnen und Minister an die Unterzeichnung des Freihandelsabkommens mit Mexiko Ende November und erklärten, dass dies ein wichtiger Meilenstein in der Geschichte der EFTA sei, da es sich um das erste transatlantische Freihandelsabkommen der EFTA handelt. Anfang Dezember fand die erste Verhandlungsrunde mit Chile über den Abschluss eines Freihandelsabkommens statt. Die laufenden Freihandelsverhandlungen mit Kanada sollen möglichst rasch abgeschlossen werden.

Durch die Verzögerung in der Lancierung einer neuen Verhandlungsrunde über multila-

terale Handelsbeziehungen ist eine erhöhte Tendenz zu präferenziellen Handelsabkommen feststellbar, dies vor allem auch im asiatischen Raum (Singapur, Japan, Südkorea, Neuseeland). Die Entwicklungen in Asien sollen deshalb weiter verfolgt werden. Erste exploratorische Gespräche sind mit Singapur geplant.

Die Ministerinnen und Minister nahmen die Entwicklungen im Drittländerebereich in Europa zur Kenntnis, mit besonderem Augenmerk auf die laufenden Freihandelsverhandlungen mit Kroatien. Die bereits existierenden Freihandelsabkommen mit europäischen Ländern funktionieren zur allgemeinen Zufriedenheit. In der mediterranen Region stehen Freihandelsverhandlungen mit Jordanien kurz vor dem Abschluss. Die Ministerinnen und Minister hoffen, dass im nächsten Jahr weitere



Aussenministerin Andrea Willi nahm zusammen mit Botschafter Norbert Frick am Treffen des EFTA-Ministerrates teil. (Bild: Keystone)

Fortschritte bei den Verhandlungen mit Tunesien und Ägypten erzielt werden können. Anfang nächstes Jahr sollen mit Südafrika technische Gespräche über die Aufnahme möglicher Freihandelsabkommen geführt werden.

Betreffend das EWR-Abkommen begrüßten die EFTA/EWR-Staaten das effiziente Funktionieren desselben sowie die von EU- und EFTA-Seite unternommenen Anstrengungen, um die Homogenität des EWR aufrecht zu erhalten. Sie zeigten sich sehr interessiert an einer EFTA-Teilnahme im EU-Prozess, welcher am Lisboner-Gipfel lanciert wurde. Es geht dabei vor allem um die Herausforderungen einer auf Wissen basierenden Wirtschaft.

Was das wichtige Thema der Lebensmittelsicherheit sowie der geplanten Schaffung einer Europäischen Lebensmittel-

behörde anbelangt, nahmen die Ministerinnen und Minister die positive Reaktion der EU auf die Anfrage einer Teilnahme der EFTA-EWR-Staaten zur Kenntnis.

Die Ministerinnen und Minister nahmen die Bestimmtheit, mit der die EU den Erweiterungsprozess führt, sowie die Resultate des Gipfels von Nizza hierzu zur Kenntnis. Dieser Erweiterungsprozess der EU wird auch Auswirkungen auf die Beziehungen der EFTA-Staaten zu den Beitrittsländern haben. Das EWR-Abkommen muss parallel mit dem Beitritt neuer Länder angepasst werden.

Die Arbeiten zu den Änderungen der EFTA-Konvention, welche aufgrund der teilweisen Übernahme der bilateralen Abkommen zwischen der EU und der Schweiz sowie der geänderten handelsrelevanten multilateralen Vorschriften zweckmässig sind, sollen rechtzeitig ab-

geschlossen werden, damit die Ergebnisse möglichst gleichzeitig mit den bilateralen Abkommen zwischen der Schweiz und der EU in Kraft treten können.

Die EFTA-Ministerinnen und -Minister treffen am 13. Dezember 2000 ferner mit den EFTA-Parlamentariern zusammen. Im EFTA-Parlamentarierkomitee ist Liechtenstein durch Otto Büchel vertreten.

Die EFTA-Ministerinnen und -Minister begrüßten den neuen Generalsekretär der Organisation, William Rossier, sowie seine beiden Stellvertreter Grétar Már Sigurdsson und Per Kjell Mannes, welche ihre Arbeit Anfang Herbst aufgenommen haben.

Liechtenstein wird im ersten Halbjahr 2001 den EFTA/EWR-Vorsitz inne haben. Somit findet das nächste Treffen des EFTA-Ministerrates am 21./22. Juni 2001 in Liechtenstein statt. (paf)

REKLAME

Goldschmied
R a p h a e l H u b e r

Juwelen · Schmuck · Exklusive Einzelanfertigungen
Alte Strasse 11, 9490 Vaduz, Liechtenstein · Telefon 423 959 61 01